

JÜDISCHE STIMME

FÜR DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT IN ISRAEL/PALÄSTINA

Newsletter Nr. 111

Nach dem schwarzen Montag

Gaza



Der „Grosse Marsch“, mit welchem PalästinenserInnen seit Ende März wöchentlich für ein Recht auf Rückkehr demonstrieren, hat in eine weitere Katastrophe geführt, mindestens 60 Menschen sind am 14. Mai von israelischen Scharfschützen erschossen, über 2000 von Schüssen oder Tränengas verletzt worden. 70 Jahre sind es her seit der Gründung Israels, seit der „Naqba“, der Katastrophe für die PalästinenserInnen. Mit dem „Grossen Marsch der Rückkehr“ werde auch thematisiert, dass Gaza nicht ausserhalb Israels liege, sondern unter völliger Kontrolle Israels ein von allen Seiten überwacht Gefängnis sei, schreibt [Amjad Iraqi](#) in +972magazine. Die Waffenstillstandslinie von 1949 als Grenze zu bezeichnen, sei nichts als ein Mythos. Denn in Tat und Wahrheit höre die Kontrolle Israels an dieser „Grenze“ nicht auf – sie dient Israel nur zur Rechtfertigung, mit militärischen Massnahmen „an seinen Grenzen seine Souveränität“ zu verteidigen.

Juristisch ist in Israel umstritten, welches Recht für den Einsatz des Militärs bei solchen Protestaktionen gilt, schreibt [Judy Maltz](#) in Ha'aretz. Sind es Proteste der Zivilbevölkerung oder handelt es sich um eine kriegerische Auseinandersetzung? Der israelische Anwalt Michael Sfarid hat zusammen mit mehreren Menschenrechtsorganisationen vor dem Obersten Israelischen Gerichtshof das Militär wegen Verletzung Internationalen Rechts eingeklagt. Auch verlangt die

Gruppe, dass Israel seine geheime Liste der Verhaltensregeln für den Einsatz von Schusswaffen öffentlich machen muss. Im Gespräch mit dem Online-Magazin Slate sagt [Sfard](#): „International law allows endangering human life in order to protect human life, not any other thing. And what we are seeing here is a deviation from that very simple, very important principle

Reaktionen



Wo bleibt das moralische Empfinden der jüdischen israelischen Bevölkerung, wann wird die Rechte bis hin zur linken Mitte einmal schockiert sein von einem Massaker wie demjenigen von Gaza? Dies fragt [Gideon Levy](#) in der israelischen Zeitung Ha'aretz.

In den USA distanzieren sich linke und liberale jüdische Bewegungen – anders als die alten etablierten Organisationen - immer mehr von der israelischen Politik. Dieser Prozess sei nicht neu, werde aber mit einem Vorgehen wie demjenigen gegen die Bevölkerung von Gaza beschleunigt, schreibt der [Guardian](#).



Die Jüdische Stimme hat zusammen mit den andern Organisationen des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina einen [offenen Brief](#) an Bundespräsident Alain Berset geschickt. Darin fordern wir unter anderem, dass sich die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen für den sofortigen Einsatz einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zu den jüngsten Vorkommnissen in Gaza einsetzt und den Internationalen Strafgerichtshof ermutigt, die Untersuchung der Situation in Gaza weiterzubringen.

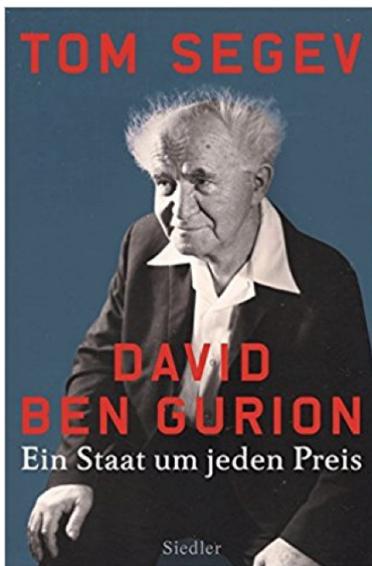
Apartheid, nicht Besatzung



Omri Boehm, ein israelischer Philosoph, der in New York lehrt, sagt: Man müsse einsehen, dass Fakten geschaffen worden seien, welche eine Zweistaatenlösung verunmöglichten. Die Bevölkerung im Westjordanland lebe unter Apartheid, nicht unter Besatzung. Die jüdischen SiedlerInnen werden als Staatsangehörige betrachtet, ihre Wohnorte als Teile Israels. Die PalästinenserInnen und ihre Wohnorte nicht: „Man fragt sich, welche andere Perspektive es noch braucht, um von Apartheid statt von einer Besatzung zu sprechen“. Ein wirklich liberaler Zionismus müsse sich von einem ethnischen Konzept für den Staat verabschieden und für eine binationale Republik sein – [Boehm](#) berichtet über ein binationales Konzept, das unter dem rechten Ministerpräsidenten Menahem Begin entwickelt worden ist.

Dass Israel heute an einem Plan für eine „Apartheid mit menschlichem Antlitz“ arbeitet, ist kein Geheimnis. Der oben erwähnte Anwalt Michael Sfard schreibt in der [New York Review of Books](#) die israelische Regierung beschäftige heute schon eine Anzahl Juristen, welche an Gesetzen arbeiteten, welche eine de jure Annexion der Westbank ermöglichen mit zwei verschiedenen Rechtssystemen, eines für die jüdische und eines für die palästinensische Bevölkerung.

Ben Gurion



Der ausführliche und sehr lesenswerte Band des Historikers Tom Segev: „David Ben Gurion, Ein Staat um jeden Preis“ (München 2018) ist eben auf Deutsch erschienen. Dass ein Frieden mit den Arabern (wie die palästinensische Bevölkerung früher genannt wurde) nicht möglich sei, davon war Israels erster Ministerpräsident lange vor der Staatsgründung überzeugt. „Dieses strategische Grundproblem des Zionismus hat er nie zu lösen gewusst, so wenig wie seine Nachfolger bis heute.“ - schreibt [Claudia Kühner](#) in ihrer Besprechung im Büchermagazin der NZZ am Sonntag.

Ausserdem



Eigentlich hätten wir diesen Newsletter zum Thema der Inhaftierung palästinensischer Minderjähriger machen wollen. Die Ereignisse haben uns einmal mehr überrollt. Deshalb hier nur der Hinweis auf zwei Hefte der israelischen Menschenrechtsorganisation B'tselem: Das eine: "Unprotected" zur Verhaftung Minderjähriger in Jerusalem, erschien im Oktober 2017. Das zweite, "Minors in Jeopardy" zur Verletzung der Rechte palästinensischer Minderjähriger durch israelische Militärgerichte erschien im März 2018.

In eigener Sache

Etwa 200 Interessierte kamen am 24. April zum Podiumsgespräch über „Oliven und Asche“ – Reportagen aus den Besetzten Gebieten von namhaften AutorInnen, initiiert von „Breaking the Silence“. Eine Veranstaltung von Kosmos, der Jüdischen Stimme und Jochi Weil, alles zu den Reaktionen auf unserer Website.

Und nicht vergessen: Die Sammlung für das Referendum gegen die Überwachung von Versicherten geht in den Schlussspurt. Es müssen noch 15'000 Unterschriften her. Bitte unterschreiben und weitere Unterschriften sammeln - z.B. vor den Abstimmungslokalen am 9. und 10. Juni. Und: Bögen sofort einschicken!

Redaktionsteam: Shelley Berlowitz und Sibylle Elam

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der "Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina" jvjp überein. Sie enthalten aber in jedem Fall Ansichten, die wir bedenkenswert finden. Die Newsletter der jvjp dürfen weiter versendet und verlinkt werden unter der Bedingung, dass sie nicht verändert werden und die jvjp als Herausgeberin genannt wird.

www.jvjp.ch
info@jvjp.ch

IBAN CH850070011201105073

Zur Abmeldung vom Newsletter klicken Sie hier.